



BERICHT AUS BERLIN von Dr. Inge Gräßle



30.09.2022

Ausgabe 017

Unsere Kritik hat gewirkt: Keine Gasumlage! Zudem: Gas und Fernwärme mit ermäßigtem Mehrwertsteuersatz

Liebe Leserin, lieber Leser,

Wir erleben dramatische Zeiten – mit einem immer größeren finanziellen Engagement des Bundes im Energiemarkt. Uniper, eine ehemalige EON-Tochter, ist verstaatlicht für 29 Mrd. Euro. Andere Unternehmen wie die ehemalige Gazprom-Tochter SEFE, Deutschlands zweitgrößter Gasimporteur VNG und der größte Gashändler, THE, wurden für insgesamt 46 Mrd. Euro entweder ganz übernommen oder mit Liquiditätszuschüssen gestützt.

Die Gasumlage, die 2,4 Cent für jede Kilowattstunde für das obige Stütz-Programm bringen sollte, wurde gestrichen: Die rechtlichen Probleme erwiesen sich am hinteren Ende wohl als zu groß. Man kann auch sagen: Unsere Kritik hat gewirkt.

Auf den letzten Drücker wurde die Gasumlage in dieser Woche wieder abgesagt, sonst hätten alle Gaskunden ab dem 1. Oktober zahlen müssen. Eilig wurde stattdessen am Donnerstagnachmittag dieser Woche vor der Presse (!) ein sogenannter „Wirtschaftlicher Abwehrschirm“ für 200 Mrd. Euro vorgestellt – mit einer Strompreis- und Gaspreisbremse. Das wäre dann das 4. Entlastungspaket.

Im Haushaltsausschuss konnten wir die Minister Lindner, Habeck und Kanzleramtsminister Schmidt abends immerhin befragen – und sie schufen mehr Fragen und Unklarheiten, statt mit einem durchdachten Konzept für Klarheit zu sorgen.

Die wichtigste Frage: Wieviel Entlastung und ab wann? – genau diese Frage wurde nicht beantwortet. Es hieß, dass die Senkung noch in diesem Jahr kommen soll. Im Regierungspapier lesen wir „schnellstmöglich“ als Zeitpunkt. Den Mechanismus kennen wir auch nicht – aber gehen Sie bitte nicht davon aus, dass die gesamte Teuerung abgedeckt wird. Eine Kommission soll den Mechanismus vorschlagen, damit Anreize zum Strom- und Gassparen erhalten bleiben. Ich halte Sie auf dem Laufenden! Übrigens: Für Pellets- oder Ölheizungen hat die Regierung keine Entlastung vorgesehen.

Viele von uns und unsere Unternehmen müssen im Herbst und Winter neue Gasverträge abschließen. Sie mit Liquidität auszustatten und ihnen zu helfen, diese kolossalen Belastungen zu schultern, ist in unser aller Interesse. Es kommt aber darauf an, wie dieser Mechanismus funktioniert. Ich bin gespannt, wann die Bundesregierung ihre Maßnahmen konkretisiert - erst dann können wir sehen, ob der „Abwehrschirm“ mehr ist als ein PR-Gag.

Ihre Inge Gräßle

Schon vom morgigen **1. Oktober 2022** an soll Gas sowie Fernwärme nur noch mit sieben Prozent statt bisher 19 Prozent besteuert werden, befristet bis zum 31. März 2024. Der Bundestag hat am heutigen Freitag mit breiter Mehrheit den Gesetzentwurf von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

zur temporären Senkung des Umsatzsteuersatzes auf Gaslieferungen über das Erdgasnetz (20/3530) beschlossen. Für den Entwurf in einer vom Finanzausschuss geänderten Fassung stimmten SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD bei Enthaltung der Fraktion Die Linke.

Unsere Zustimmung zu den Maßnahmen der Regierung verbanden wir jedoch mit der Kritik, dass diese zu zögerlich handelt! Bereits im Februar hatten wir eine Umsatzsteuersenkung auf Gas, Strom und Fernwärme beantragt – die Ampel hat das abgelehnt. Die Menschen haben es satt, dass die Regierung die Probleme immer erst in allerletzter Sekunde angeht!

Zudem: Die Bürger werden angesichts eines drei-, vier- oder fünffach erhöhten Gaspreises selbst bei reduziertem Steuersatz in der Summe immer noch mehr Steuer zahlen müssen als vor der Preissteigerung. An dem von Bundeskanzler Scholz als „Doppelwumms“ bezeichneten 200-Milliarden-Euro-Paket ist bisher nicht klar, wie konkret Bürger und Wirtschaft entlastet werden sollen. Dieses Papier ist bisher nichts anderes als ein Schuldenwumms.



In dieser Sitzungswoche führten wir im Deutschen Bundestag eine [Debatte](#) zu den sechs Nachhaltigkeitsprinzipien der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Mit unserem Antrag [Nachhaltige Entwicklung krisenfest machen – Schulden abbauen, Infrastruktur stärken, Erneuerbare Energien ausbauen, Ernährung sicherstellen](#) legen wir als Unionsfraktion Maßnahmen dar, die im Sinne der Nachhaltigkeitsstrategie kurzfristig umgesetzt werden können.

Wir wollen nachhaltig wachsen. Dafür müssen wir den wirtschaftlichen Fortschritt vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Geschlossene Stoffkreisläufe sorgen für neue wirtschaftliche Potenziale und schützen unsere natürlichen Lebensgrundlagen. Als eines der wirtschaftlich leistungsfähigsten Länder der Welt steht Deutschland vor großen Herausforderungen.

Zum einen stehen Transformationsprozesse von Gesellschaft und Wirtschaft an der Tagesordnung: Unsere Ziele dabei sind Klimaneutralität, Digitalisierung sowie der Erhalt und Ausbau der Versorgungssicherheit. Zum anderen haben Krisen wie die COVID19-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine unmittelbare Auswirkungen auf das Leben der Menschen in unserem Land. Mit unserem Antrag richten wir deshalb eine klare Forderung an die Bundesregierung: Deutschland muss auf einen Weg zurückzukehren, der nachhaltige Entwicklung auch in Krisenzeiten möglich macht.

Dem hohen Stellenwert, aber auch der Komplexität des Themas trug die Landesgruppe mit gleich drei Plenarreden Rechnung.

„Deutschland hat vergleichbar hohe Standards für Nachhaltigkeit. Wenn wir das Thema nicht ideologiefrei und realistisch angehen, verlieren wir am Ende Produktionsstandorte an Staaten mit niedrigeren Standards“, machte Volker Mayer-Lay in seiner Rede deutlich. Denn Nachhaltigkeit darf nicht nur national gesehen werden, sondern muss in einen internationalen Kontext gestellt werden.

Felix Schreiner bemängelte die ausbleibende Signalwirkung der Debatte über den Bundestag hinaus: „Kinder, die heute geboren werden, haben gute Chancen, das Jahr 2100 zu erleben. Für diese Kinder und ihre Nachkommen müssen wir Verantwortung

übernehmen. Ihnen müssen wir eine lebenswerte Umwelt und gute Rahmenbedingungen hinterlassen. Im Zuge der Deutschen Aktionstage Nachhaltigkeit 2022 und der Europäischen Nachhaltigkeitswoche ist es deshalb richtig, dass sich der Deutsche Bundestag mit der nachhaltigen Entwicklung befasst.

Erstaunlich ist, dass die Koalitionsfraktionen es abgelehnt haben, die große Bedeutung der Nachhaltigkeit in einer ganzen Sitzungswoche – wie auf Initiative der Unionsfraktion in der letzten Wahlperiode eingeführt – abzubilden. Stattdessen schrumpft das Thema auf eine einzige Debatte. Die Ampel verpasst damit eine Gelegenheit, das gesellschaftliche Bewusstsein für das Thema zu schärfen. Ein starkes Signal des Parlamentes für nachhaltige Entwicklung sieht anders aus.“

Dr. Inge Gräßle machte in ihrer Rede schließlich vor allem auf die finanzielle Verantwortung für zukünftige Generationen aufmerksam: „Zentrales Anliegen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist zudem eine nachhaltige Finanz- und Haushaltspolitik. Es ist unverantwortlich, zukünftigen Generationen weitere Schulden aufzubürden. Die von einer Unionsgeführten Bundesregierung eingeführte Schuldenbremse und die „schwarze Null“, also ein ausgeglichener Haushalt, müssen erhalten bleiben.“

Nachhaltigkeit ist für die Union mehr als ein Schlagwort. Sie zieht sich durch alle Politikbereiche – sowohl national als auch international. Wir werden weiter dafür arbeiten, dass die Nachhaltigkeitsstrategien in Deutschland, aber auch in Europa und weltweit, zukunftsfähig, realistisch und verantwortungsbewusst umgesetzt werden.

Sie finden meine Rede zu dieser Debatte im **Video der Woche**.

Die **Wolfspopulation** in Deutschland wächst. Die daraus resultierenden zunehmenden Schäden durch Angriffe auf Weide- und Haustiere rücken weiter in den Vordergrund.

Mit unserem Antrag [Ausgewogene Balance zwischen dem Schutz von Mensch und Tier sowie dem Artenschutz herstellen – Bejagung des Wolfes im Rahmen eines Bestandsmanagements ermöglichen](#) greifen wir die berechtigten und zunehmenden Sorgen der Weidetierhalter sowie der Bevölkerung in den ländlichen Regionen auf.

Im Jahr 2020 wurden rund 4.000 Weidetiere – überwiegend Schafe, aber auch Rinder und Pferde – von Wölfen getötet. Die bisherigen Präventionsmaßnahmen haben nicht die gewünschten Erfolge gebracht.

Deswegen brauchen wir jetzt ein aktives Wolfsbestandsmanagement. Konkret wird die Bundesregierung u.a. dazu aufgefordert, den Erhaltungszustand des Wolfes unverzüglich zu definieren und eine rechtssichere Entnahme zu ermöglichen. Nur durch die längst überfällige Bestätigung eines guten Erhaltungszustands der Wolfspopulation in Deutschland sowie durch ein nachhaltiges Bestandsmanagement können die berechtigten Interessen der Bevölkerung, der Weidetierhalter und des Artenschutzes unter einen Hut gebracht werden.

Absage für Schöffinnen

Es ist bitter für die zigtausend ehrenamtlichen Richterinnen und Richter, dass die Ampel-Koalition anlässlich der anstehenden Schöffinnen-Wahlen weder eine eigene Initiative zur Stärkung des Schöffinnenamtes vorlegt noch unseren Verbesserungsvorschlägen zustimmt.

Viele Menschen engagieren sich in Deutschland als Schöffinnen und Schöffinnen für die Strafrechtspflege.

Basierend auf ihrer Lebenserfahrung und ohne juristische Prägung bringen sie mit viel persönlichem Einsatz wichtige Aspekte in die Beurteilung eines Sachverhaltes ein und werden so zu einem wichtigen Bindeglied zwischen Justiz und Gesellschaft.

Ein zeitaufwendiges und verantwortungsvolles Ehrenamt, das entgegen seiner Bedeutung für eine unabhängige Justiz ein eher stiefmütterliches Dasein fristet.

Das wird auch in Zukunft so bleiben, denn die Ampel-Fraktionen konnten sich bedauerlicherweise nicht dazu durchringen, einen Reform-Antrag der CDU/CSU-Fraktion zu unterstützen. Dabei hätten die rechtlichen Rahmenbedingungen, die seit annähernd 50 Jahren unverändert bestehen und nicht mehr mit der heutigen Lebenswirklichkeit in Einklang stehen, dringend eine Frischzellenkur benötigt. Mit unserem Antrag [Schöffengericht reformieren – Richterliches Ehrenamt stärken](#) wollten wir das Schöffengericht modernisieren. Insbesondere wollten wir eine Verbesserung der Freistellungsregelungen für ehrenamtliche Richterinnen und Richter in den Blick nehmen und die Altershöchstgrenze von 70 auf 75 Jahre bei Schöffinnen und Schöffen anpassen.

Foto der Woche



Vier Tage hat mich der „Salvator Freundeskreis“ in Berlin besucht. Viele gute Gespräche!

Video der Woche



In dieser Woche haben wir die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie debattiert.

Meinen Beitrag finden Sie hier: [KLICK](#)

Zitat der Woche

«Ich möchte mich wirklich bedanken bei der Bundesregierung: Es war schön. Endlich einmal wurde die Vorgängerregierung nicht für alles und jedes verantwortlich gemacht. Danke! Dass ich das erleben durfte in diesem Haus, macht mich glücklich und trägt mich durch diesen Tag. Wirklich danke!»

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU)

Meine eigenen Worte am Mittwoch in der Nachhaltigkeitsdebatte. Ab und zu muss man ja auch mal die eigenen Kollegen zum Schmunzeln bringen...